

**AUF DEN PUNKT  
GEBRACHT.**

12. April 2019  
**2.2019**

Immobilienkonzerne wie Deutsche Wohnen und Vonovia sind die starken Player auf dem Wohnungsmarkt. Sie kaufen immer mehr Wohnungen auf. Die Deutsche Wohnen hat mehr als 160 000 Wohnungen, rund 100 000 davon in Berlin. Was der Konzern macht, wirkt sich auf die Mieten in der ganzen Stadt aus. Im Mittelpunkt steht für Deutsche Wohnen & Co: Den Aktionären und Finanzkunden die Renditen sichern – mittels Mieterhöhungen. Dabei nutzen sie verschiedenste Tricks: Mit »Modernisierungen«, von denen die Mieterinnen und Mieter nichts haben, deren Kosten sie aber um ein Vielfaches mit der höheren Miete »zurückzahlen«. Wer das nicht zahlen kann, fliegt raus – dann wird für dieselben Wohnungen eine überbezahlte Neumiete verlangt. Deutsche Wohnen fährt damit fette Gewinne ein. Allein 2018 sind die Gewinne im Vergleich zum Vorjahr um elf Prozent auf knapp 480 Millionen Euro gestiegen. Und Vonovia meldete im März Rekordgewinne über eine Milliarde Euro für das Jahr 2018. Die Spekulanten enteignen die Mieterinnen und Mieter für ihren persönlichen Reichtum. Das Mietrecht wird schamlos für die Renditesteigerung ausgenutzt.

### Gemeinwohl vs. Konzerninteressen

In Berlin ist die Forderung nach Enteignung von Immobilienkonzernen nicht mehr zu überhören. Und sie trifft einen Nerv. Die Initiative Deutsche Wohnen & Co enteignen will Konzerne, die mehr als 3 000 Wohnungen besitzen, vergesellschaften. DIE LINKE hat die Forderung nach Enteignung von Immobilienkonzernen in ihrer Kampagne »Bezahlbare Miete statt fette Rendite«. Artikel 15 des Grundgesetzes besagt: »Grund und Boden, Naturschätze und Produktionsmittel können zum Zwecke der Vergesellschaftung durch ein Gesetz, das Art und Ausmaß der Entschädigung regelt, in Gemeineigentum oder in andere Formen der Gemeinwirtschaft überführt werden.« In Artikel 14 heißt es, eine Enteignung sei nur zum Wohle der Allgemeinheit zulässig: »Sie darf nur durch Gesetz oder auf Grund eines Gesetzes erfolgen, das Art und Ausmaß der Entschädigung regelt.« Dass das Grundgesetz die Vergesellschaftung vorsieht, sorgt jetzt für Wirbel, macht die Immobilienlobby nervös und die FDP will das GG gleich mal ändern.

# Die Häuser denen, die drin wohnen. Wer enteignet hier wen?

Enteignungen nach Artikel 14 finden seit Jahrzehnten statt. Vor allem dann, wenn es den Interessen der Wirtschaft nützt. Zum Beispiel beim Braunkohlebergbau, für den etwa 125 000 Menschen umgesiedelt und hunderte Gemeinden zerstört wurden. Auch für den Bau von Autobahnen sind schon viele Grundstückseigentümer enteignet worden. Für den Ausbau der Landebahn des Airbus-Werks in Hamburg-Finkenwerder wurde die Enteignung für Privatflughäfen sogar extra gesetzlich ermöglicht – auf Initiative des damaligen Bundeskanzlers Gerhard Schröder (SPD) hin. Artikel 15 ist allerdings noch nie angewendet worden. Er würde die Entschädigung unterhalb des Marktwerts erlauben. Mittlerweile bestätigen mehrere Gutachten, dass das möglich wäre. Auch ist ein angemessener Wert für die Entschädigung nicht selbsterklärend: Die Konzerne wollen gern ihre zukünftigen Profite ersetzt bekommen, denkbar wäre auch der ursprüngliche Kaufpreis oder der »Ertragswert«, der sich an den gegenwärtig erzielten Mieteneinnahmen orientiert. Die Initiative Deutsche Wohnen & Co. will, dass die Wohnungen nicht für Marktpreise zurückgekauft, sondern vergesellschaftet werden.

### Rückenwind für Enteignungen

Dass Vergesellschaftung nun im Interesse der Mieterinnen und Mieter stattfinden soll, passt CDU/CSU und FDP nicht. »Enteignungen sind nun wirklich sozialistische Ideen und haben mit bürgerlicher Politik nichts zu tun«, echauffierte sich etwa Bayerns Ministerpräsident Söder. Damit hat er natürlich Recht. Das Ahlener Programm der CDU von 1947 ist lang vergessen, in dem die Vergesellschaftung von Bergwerken und Stahlindustrie gefordert wurde, damit sich nicht zu viel wirtschaftliche Macht in der Hand von Einzelpersonen und Unternehmen ballt.

In Berlin ist die Mehrheit der Befragten für die Enteignung der Immobilienkonzerne: Im Januar gaben 54,8 Prozent der Befragten in einer berlinweiten Umfrage an, dass sie das Vorhaben richtig finden. Ähnlich war es bei einer Umfrage von Forsa im Februar. Bei einer Umfrage von Civey waren es bundesweit immerhin 40 Prozent, in dicht besiedelten Gebieten mehr. Und im April antworteten 49 Prozent in einer bundesweiten Umfrage

von Yougov auf die Frage, ob es Enteignungen im Immobiliensektor brauche, mit »Ja«.

### DIE LINKE fordert

- Bezahlbaren Wohnraum schaffen: Durch Enteignen, Kommunalisieren, öffentliches Bauen. Wir wollen sozialen und gemeinnützigen Wohnraum, der nicht aus der Sozialbindung fällt.
- Verbindliche Obergrenzen für Mieten in den Großstädten. Bis dahin: Keine Mieterhöhungen.
- Immobilienkonzernen wollen wir – europaweit – die Börsenzulassung entziehen. Wohnen ist ein Menschenrecht, damit darf nicht spekuliert werden.
- Die Mitgliedstaaten der EU müssen verpflichtet werden, so viel bezahlbaren Wohnraum sicherzustellen, wie dem Bedarf der Bevölkerung entspricht. Die EU darf die Regulierung von Mieten nicht durch das Wettbewerbsrecht behindern.
- Was für alle da ist, muss allen gehören: Auch die Energiekonzerne und Gesundheitsversorgung wollen wir zurück in die öffentliche Hand bringen.

### Mehr Informationen unter:

[www.die-linke.de](http://www.die-linke.de)  
kontakt@die-linke.de

Ich möchte weitere Informationen

- Bitte schickt mir weitere Informationen zum Thema.
- Ich will Mitglied der LINKEN werden!

Name, Vorname

Straße, Hausnummer

PLZ, Ort

Telefon

E-Mail

Die Angaben werden von der Partei DIE LINKE in ihrer Bundesgeschäftsstelle und den Gliederungen entsprechend den Bestimmungen der EU-Datenschutzgrundverordnung zum Zwecke des Nachweises der Mitgliedschaftsvoraussetzung, der Nachweiseführung gemäß Parteiengesetz, der statistischen Auswertung und innerparteilichen Kommunikation verarbeitet. Weitere Hinweise zur Datenverarbeitung und Ihren Rechten unter [www.die-linke.de/datenschutz](http://www.die-linke.de/datenschutz)

**DIE LINKE.**